

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 5. April bis 8. April

(Stand: 08.04., 15:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

Handelsblatt:

[Ukraine-Krieg: Bundesregierung einigt sich auf Hilfspaket für Firmen \(handelsblatt.com\)](#)

Die Bundesregierung hat sich auf ein Hilfspaket für Unternehmen geeinigt, die unter den Folgen des Ukrainekriegs und der Abkopplung von Russland leiden. Profitieren sollen insbesondere Unternehmen, die unter den hohen Energiepreisen leiden. Aber auch Hilfen für Firmen, die durch einbrechende Lieferketten oder die Abkopplung von Russland in Not geraten, sind geplant.

„Wir werden Härten abfedern und Strukturbrüche verhindern“, sagte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bei der Vorstellung am Freitag in Berlin. Er sprach von einem „wirtschaftspolitischen Stoßdämpfer“ für die Unternehmen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ergänzte, es könne nicht jede Härte, jeder Euro mehr an Energiekosten ausgeglichen werden: „Allerdings darf die Last nicht so hoch sein, dass die Wirtschaft kollabiert.“

Das Hilfspaket besteht aus fünf Bestandteilen. Lindner und Habeck planen, dass bis zum ersten Juni alle von ihnen der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Die Hilfen in der Übersicht:

1. Allgemeiner Zuschuss für hohe Energiekosten

Für die unter hohen Energiepreisen leidenden Unternehmen ist ein zeitlich befristeter Kostenzuschuss geplant. Zugrunde gelegt werden dafür die Energiekosten aus dem Jahr 2021. Liegen die Kosten nun mehr als doppelt so hoch, haben die Unternehmen Anspruch auf den Zuschuss. Die Höhe steigert sich, je höher die Last durch die Energiekosten ist.

Habeck erklärte bei der Vorstellung des Pakets allerdings, dass nicht alle Unternehmen alle Stufen des Zuschusses in Anspruch nehmen könnten. Für die höheren Hilfen müssten die Firmen unter die Energiebeihilfeleitlinie der EU fallen. Laut Habeck gelte das vor allem für die Sektoren Chemie, Glas, Stahl, Metall und Keramik.

In der Wirtschaft sorgt die Einschränkung für Kritik. „Eine Beschränkung auf die Branchenliste der Energiebeihilfeleitlinie ist zu eng und europarechtlich nicht notwendig“, sagte Peter Adrian, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Es sei wichtig, dass die Unterstützung energieintensiven Betrieben aus allen Branchen zur Verfügung stehe.

2. 100 Milliarden Euro Kreditgarantien für die Energiewirtschaft

Für die gebeutelte Energiewirtschaft sind mit einer Bundesgarantie unterlegte Kreditlinien der staatlichen KfW-Förderbank geplant. Für diese Maßnahme ist ein Kreditvolumen von insgesamt bis zu 100 Milliarden Euro vorgesehen. Nutzen können dies Energieunternehmen, die an der Börse kurzfristig massive zusätzliche Sicherheiten, sogenannte Margins, aufgrund der hohen Preise hinterlegen müssen. „Wir dürfen in keinem Fall zulassen, dass sicherheitsrelevante Unternehmen fallen“, sagte Habeck.

Zwar hatte die KfW bereits erste Energieunternehmen mit Krediten gestützt, die aufgrund der Margins in Schieflage geraten waren. Das seien aber „Notoperationen“ gewesen, erklärte Habeck. Jetzt gebe es einen geregelten Ablauf, sodass die Unternehmen nicht mehr über komplizierte Wege bei der Regierung fragen müssten, „has'te nochmal 'nen Euro“.

3. KfW-Kreditprogramm

Ähnlich wie in der Coronakrise soll insbesondere für mittlere und kleine Unternehmen ein Kreditprogramm bei der KfW aufgelegt werden. Firmen aller Größenklassen sollen Zugang zu zinsgünstigen, haftungsfreien Krediten erhalten. Das Kreditvolumen schätzen die Ministerien auf sieben Milliarden Euro.

4. Bürgschaften

Zudem sollen einzelne, bereits während der Coronapandemie eingeführte Erweiterungen bei den Bund-Länder-Bürgschaftsprogrammen für von dem Ukrainekrieg betroffene Unternehmen fortgesetzt werden. Das betrifft die Bürgschaftsbanken und das Großbürgschaftsprogramm.

5. Eigenkapitalhilfen nur in Einzelfällen, keine Einigung beim WSF

Wirtschaftsminister Habeck hätte gern auch im großen Stil Eigen- und Hybridkapitalbeteiligungen in das Paket aufgenommen. Dafür wollte er den 150 Milliarden Euro schweren Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) aus der Coronakrise umwidmen. Doch Kabinettskollege Lindner wandte sich dagegen, wie das Handelsblatt kürzlich berichtete.

Stattdessen erklärten Habeck und Lindner am Freitag nun, Eigen- und Hybridkapitalhilfen nur in Einzelfällen nutzen zu wollen. Lindner argumentierte, dass der Einsatz des WSF an viele Voraussetzungen geknüpft sei, etwa ein eigenes Gesetz und eine aufwendige rechtliche Prüfung.

Aus Regierungskreisen ist jedoch zu hören, dass Lindner den WSF grundsätzlich nicht für das richtige Instrument in der aktuellen Krise halte und deswegen auch nach Bitten von Habeck nichts an seiner Position geändert habe. Lindner ließ aber eine Hintertür für den WSF offen: Man behalte sich alle Optionen vor.

Der übrige Koalitionspartner im Bunde macht allerdings Druck. Mit dem WSF habe die Regierung bereits während der Coronakrise einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft geleistet, erklärt Hannes Walter (SPD), Vize-Vorsitzender des Wirtschaftsausschuss.

„Ich finde wir sollten dieses bewährte Instrument weiter gezielt nutzen. Kreditprogramme allein werden der Herausforderung vor der wir stehen nicht gerecht“, sagte Walter dem Handelsblatt.

Finanzierung über Ergänzungshaushalt

Lindner erklärte, dass die betroffenen Unternehmen zuerst durch die Kredite und Bürgschaften gestützt werden sollten. Sollte das nicht ausreichen, könnte auf die Zuschüsse und Eigenkapitalhilfen zurückgegriffen werden. Finanzieren will der FDP-Chef die neuen Hilfen über den Ergänzungshaushalt. Dieser soll voraussichtlich auf 24 Milliarden Euro wachsen.

dpa:

Bundesregierung plant „Sanktionendurchsetzungsgesetz“

Die Ampel-Koalition plant ein „Sanktionendurchsetzungsgesetz“, um den Strafmaßnahmen gegen Russland in der Praxis mehr Durchschlagskraft zu verleihen. In diesem sollten die verschiedenen berührten Gesetze aufgegriffen werden, sagte Kanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch in der Regierungsbefragung des Bundestags. Die Bundesregierung wolle sich damit schnell alle nötigen Handlungsmöglichkeiten verschaffen.

Die Frage sei "völlig berechtigt", ob der Staat alle notwendigen Instrumente habe, um zum Beispiel bei der Beschlagnahme von Vermögenswerten so handeln zu können, wie er es wolle, sagte Scholz. "Und die Antwort darauf lautet Nein." Deshalb sei eine Task Force eingesetzt und schon im Koalitionsvertrag vereinbart worden, die Handlungsmöglichkeiten zu erhöhen.

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

BDI-Stellungnahme zum Kohle-Embargo der EU gegen Russland

Zum angekündigten Importverbot für Kohle aus Russland sagt BDI-Präsident Siegfried Russwurm: „Gräueltaten verlangen nach entschiedener, unmissverständlicher Reaktion des Westens.“

- „Die Gräueltaten in Butscha verlangen nach einer entschiedenen, unmissverständlichen Reaktion des Westens. Ein vollständiges, europaweit abgestimmtes Embargo auf russische Kohle geht über die von den Unternehmen bereits umgesetzte Reduzierung russischer Kohlelieferungen noch einmal deutlich hinaus. Die Umsetzung ist nicht einfach und hat ihren Preis, aber die Entscheidung ist vor dem Hintergrund der Eskalation der Gewalt mehr als nachvollziehbar.
- Die deutsche Industrie unterstützt den Sanktionskurs der Bundesregierung und der Europäischen Union. Es braucht zielgenaue und langfristig durchhaltbare Sanktionen, die den Aggressor stärker bestrafen als uns Europäer. Für Kohle trifft das zu: Sie lässt sich auf dem Weltmarkt durch Lieferungen aus anderen Ländern ersetzen und prinzipiell mit der vorhandenen Transport-Infrastruktur zu den Nutzern bringen. Die Bundesregierung muss nun gemeinsam mit den europäischen Partnern dafür sorgen, die logistischen Herausforderungen, die sich durch den Verzicht auf russische Kohleimporte ergeben, ohne wirtschaftliche Schäden zu bewältigen.
- Völlig anders ist die Situation beim Gas: Ein Komplettausfall russischer Gaslieferungen, die andere Lieferanten nicht kurzfristig ersetzen können, wäre ein gewaltiger Stresstest für die EU – mit unabsehbaren Folgen für Versorgungssicherheit, Wachstum, Beschäftigung und unsere politische Handlungsfähigkeit.“

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](https://www.bafa.de)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de)

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](https://www.bundesbank.de)

Bundeszentrale für Politische Bildung – Informationen zur Ukraine

Die Bundeszentrale für Politische Bildung bietet Informationen und Veranstaltungen zur Lage in der Ukraine an. Eine Reihe von Online-Veranstaltungen lassen sich auf Youtube weiter ansehen, darunter dieses Angebot:

Krieg gegen die Ukraine. Eine virtuelle (Bahn-)Reise durch die Ukraine // Go East III // Teil 3: Von Kyjiw nach Charkiw // Mit Serhij Zhadan (Charkiw), Nikita Kadan (Kyjiw) und Ralf Fuchs (Berlin) // Aufzeichnung unter: <https://youtu.be/cASyTfpATEc>

2. Terminübersicht

12. April: The role of Moldova, Armenia, and Georgia into reshaping the supply chains, 9:30 am CEST

The Online-Meeting is organised jointly by the German Economic Team and the German Eastern Business Association.

We are pleased that the heads of the German embassies in Chisinau, Tbilisi and Yerevan have agreed to give an overview of the political and security situation in the three countries. In a second panel we will discuss the current macroeconomic and business situation in the three countries with business representatives from Moldova, Georgia and Armenia as well as with the German Economic Team. Please, find the current agenda below.

The event will be held in English without translation. The participation link will be sent to you one day before the event. Please register by 10 April 2022 via the following link: www.oa-event.de with login-code ValueChains.

Kontakt:
Stefan Kägebein
Regionaldirektor Osteuropa
S.Kaegebein@oa-ev.de

13. April: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 Uhr

Bis auf weiteres findet alle 14 Tage mittwochs ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:
[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter:
[Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

13. April: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 12:30 Uhr

Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium bieten an diesem Mittwoch von 11:30 – 13:00 Uhr wieder ein aktuelles Briefing zu den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an.

Anmeldung und Informationen bei: Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de

13. April: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business, 14.00 Uhr

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland laden Sie **zur 3. Ausgabe** der Online-Veranstaltung **Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Mittwoch, 13. April 2022, 14.00 Uhr MEZ** ein.

Anmeldeschluss ist Dienstag, der 12. April um 16.00 Uhr.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Fragen zur Veranstaltung und Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (c.schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

27. April 2022: Hintergrundgespräch zum Thema „Russlands Krieg in der Ukraine – Auswirkungen auf Polen“, 15:00 – 16:15 Uhr

Der Ost-Ausschuss Arbeitskreis Mittelosteuropa veranstaltet am 27. April ab 15 Uhr ein Hintergrundgespräch zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Polen. Ein Gesprächspartner ist Martin Kremer, Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in Polen.

Die Veranstaltung richtet sich an Mitgliedsunternehmen. Nicht-Mitglieder wenden sich bei Interesse bitte direkt an unseren Regionaldirektor für Mittelosteuropa Adrian Stadnicki, A.Stadnicki@oa-ev.de

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 5. April)

Fünftes EU-Sanktionspaket fertig ausgehandelt

Die 27 EU-Staaten haben das fünfte große Paket mit Russland-Sanktionen auf den Weg gebracht. Die ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten billigten am Donnerstagabend Vorschläge der EU-Kommission, die einen Importstopp für Kohle, Holz und Wodka sowie zahlreiche weitere Strafmaßnahmen vorsehen.

Die neuen Strafmaßnahmen sollen nun den Druck auf Russland erhöhen – vor allem, indem dem Land hohe wirtschaftliche Kosten auferlegt werden. So könnte allein das Kohleembargo nach Angaben der EU-Kommission Einnahmeausfälle in Höhe von rund vier Milliarden Euro pro Jahr bedeuten.

Ebenso Teil des Sanktionspakets ist ein vollständiges Transaktionsverbot zulasten vier wichtiger russischer Banken, zu denen die zweitgrößte russische Bank VTB zählt. Das Verbot der Ausfuhr von Banknoten und des Verkaufs von übertragbaren Wertpapieren wird auf alle offiziellen EU-Währungen ausgeweitet. Auch soll russischen Schiffen sowie von Russland betriebenen Schiffen das Einlaufen in EU-Häfen verboten werden. Ausnahmen soll es lediglich für die Lieferung von Lebensmitteln, humanitäre Hilfe und Energie geben. Um die russische Wirtschaft zusätzlich zu schwächen, soll es weitere Beschränkungen für den Handel mit Russland mit einem Umfang von rund 10 Milliarden Euro geben. Dazu gehören nach Kommissionsangaben etwa Quantencomputer und Transportmittel. Produkte wie Holz, Zement und Meeresfrüchte im Wert von 5,5 Milliarden Euro sollen außerdem nicht mehr in die EU importiert werden. Russische Unternehmen werden außerdem nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen in den EU-Staaten teilnehmen dürfen.

Hinzu kommt, dass weitere Personen aus dem Umfeld des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf die Sanktionsliste kommen sollen. Das bedeutet, dass sie nicht mehr in die EU einreisen dürften und etwaige Vermögen in der EU eingefroren werden würden. Unter den Betroffenen sind auch die beiden Töchter von Russlands Präsident Wladimir Putin.

Hier die Erläuterung der EU-Kommission zu den neuen Sanktionsbeschlüssen (Arbeitsübersetzung):

Die Europäische Kommission begrüßt die heutige Einigung des Rates auf die Annahme eines fünften Pakets restriktiver Maßnahmen gegen das Regime Putin als Reaktion auf dessen brutale Aggression gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung. Zusammen mit den vier vorangegangenen Paketen werden diese Sanktionen weiter dazu beitragen, den wirtschaftlichen Druck auf den Kreml zu erhöhen und seine Fähigkeit zur Finanzierung seiner Invasion in der Ukraine zu beeinträchtigen. Diese Maßnahmen sind umfassender und schärfer, so dass sie noch tiefer in die russische Wirtschaft eingreifen. Sie sind mit internationalen Partnern koordiniert worden.

Die Kommission und der EAD arbeiten an weiteren Vorschlägen für mögliche Sanktionen, unter anderem gegen Öleinfuhren, und denken über einige der von den Mitgliedstaaten vorgebrachten Ideen nach, wie etwa Steuern oder spezielle Zahlungswege, etwa ein Treuhandkonto. Über die Sanktionen hinaus hat die EU deutlich gemacht, dass die Verringerung unserer Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland ein dringendes Gebot ist. Die Kommission hat in ihrer REPower-Mitteilung vom 8. März eine Strategie angekündigt, um die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen so schnell wie möglich zu verringern, und die Arbeiten zur Umsetzung dieses Plans haben begonnen.

Das heutige Paket enthält die folgenden sechs Elemente:

1) Kohleverbot

Ein Einfuhrverbot für alle Arten von russischer Kohle. Dies betrifft ein Viertel aller russischen Kohleexporte, was für Russland einen Einnahmeverlust von rund 8 Mrd. € pro Jahr bedeutet.

2) Finanzielle Maßnahmen

Ein vollständiges Transaktionsverbot und das Einfrieren von Vermögenswerten für vier russische Banken, die nun vollständig von den Märkten abgeschnitten sind. Auf sie entfallen 23 Prozent des Marktanteils im russischen Bankensektor, so dass das russische Finanzsystem weiter geschwächt wird.

Ein Verbot der Erbringung von Krypto-Vermögensdienstleistungen mit hohem Wert in Russland. Dies wird dazu beitragen, mögliche Schlupflöcher zu schließen.

Ein Verbot der Beratung wohlhabender Russen zu Trusts, wodurch es für sie schwieriger wird, ihr Vermögen in der EU anzulegen.

3) Verkehr

Ein vollständiges Verbot für russische und belarussische Güterkraftverkehrsunternehmen, in der EU zu arbeiten. Bestimmte Ausnahmen gelten für lebenswichtige Güter wie landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, humanitäre Hilfe und Energie.

Ein Einlaufverbot für Schiffe unter russischer Flagge in EU-Häfen. Ausnahmen gelten u. a. für medizinische Zwecke, Lebensmittel, Energie und humanitäre Zwecke.

4) Gezielte Ausfuhrverbote

Weitere gezielte Ausfuhrverbote - im Wert von zehn Milliarden Euro - in Bereichen, in denen Russland aufgrund seiner hohen Abhängigkeit von EU-Lieferungen anfällig ist. Dazu gehören zum Beispiel Quantencomputer, fortschrittliche Halbleiter, empfindliche Maschinen, Transportmittel und Chemikalien. Dazu gehören auch Spezialkatalysatoren für die Raffinerieindustrie. Dies wird die technologische Basis und die industriellen Kapazitäten Russlands weiter schwächen.

Aufnahme von Düsentreibstoff und Treibstoffzusätzen, die von der russischen Armee verwendet werden können, in das bestehende Ausfuhrverbot.

5) Ausweitung der Einfuhrverbote

Zusätzliche Einfuhrverbote - im Wert von 5,5 Milliarden Euro - für Zement, Gummiprodukte, Holz, Spirituosen (einschließlich Wodka), Likör, hochwertige Meeresfrüchte (einschließlich Kaviar) und eine Umgehungsmaßnahme gegen Kaliumchlorideinfuhren aus Belarus. Diese Maßnahmen werden auch dazu beitragen, Schlupflöcher zwischen Russland und Belarus zu schließen.

6) Ausschluss Russlands von öffentlichen Aufträgen und europäischen Geldern; rechtliche Klärung und Durchsetzung

Vollständiges Verbot der Beteiligung russischer Staatsangehöriger und Einrichtungen an öffentlichen Aufträgen in der EU. Begrenzte Ausnahmen können von den zuständigen Behörden gewährt werden, wenn es keine praktikable Alternative gibt.

Beschränkung der finanziellen und nicht-finanziellen Unterstützung für russische Einrichtungen, die sich in öffentlichem Besitz befinden oder von der russischen Regierung kontrolliert werden, im Rahmen von Programmen der EU, Euratom und der Mitgliedstaaten. So wird die Kommission, zusätzlich zu den bereits angekündigten Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Bildung, die Beteiligung an allen laufenden Finanzhilfvereinbarungen mit russischen öffentlichen Einrichtungen oder damit verbundenen Stellen beenden und alle damit verbundenen Zahlungen im Rahmen von Horizont 2020 und Horizont Europa, Euratom und Erasmus+ aussetzen. Im Rahmen dieser Programme werden keine neuen Verträge oder Vereinbarungen mit russischen öffentlichen Einrichtungen oder damit verbundenen Stellen geschlossen.

Beseitigung verschiedener Überschneidungen zwischen den Ausfuhrbeschränkungen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck und Spitzentechnologien und anderen Bestimmungen.

Ausweitung des Verbots der Ausfuhr von Banknoten und des Verkaufs von übertragbaren Wertpapieren auf alle offiziellen EU-Währungen.

Die Kommission begrüßt außerdem, dass nun weitere 217 Personen und 18 Einrichtungen mit Sanktionen belegt wurden. Dazu gehören alle 179 Mitglieder der sogenannten „Regierungen“ und „Parlamente“ von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden seit 2014 1091 Personen und 80 Einrichtungen mit Sanktionen belegt.

[EU agrees fifth package of sanctions against Russia \(europa.eu\)](http://europa.eu)

Die Ausführungsbestimmungen und die Namen der sanktionierten Personen, Unternehmen und Warenpositionen werden in Kürze im Amtsblatt der EU veröffentlicht:

[Amtsblatt der Europäischen Union - EUR-Lex \(europa.eu\)](http://eur-lex.europa.eu)

Hier weitere Links zur jüngsten Sanktionsentscheidung:

[EU adopts fifth round of sanctions against Russia over its military aggression against Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

[Questions and answers on the fifth package of restrictive measures against Russia \[will be available later today\]](#)

[European Commission website on Ukraine](#)

[Questions and answers on restrictive measures](#)

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

dpa:

EU-Kommission will einfacheren Warenverkehr mit Ukraine ermöglichen

Weil Häfen am Schwarzen Meer blockiert sind, will die EU-Kommission den Straßenverkehr zwischen der Ukraine und der EU vereinfachen. Sie hat die EU-Länder deshalb darum gebeten, ihr ein Mandat für ein entsprechendes Verkehrsabkommen mit der Ukraine und Moldau auszuhandeln. So sollen Lieferketten aufrecht erhalten und die Lebensmittelversorgung gewährleistet werden, teilte die EU-Kommission am Mittwoch mit. Exportgüter sollen von den Seewegen, die derzeit aufgrund der russischen Militärangeriffe nicht zur Verfügung stehen, verlagert werden können.

Neben der Ukraine soll auch Moldau profitieren, da sich die Blockade der Schwarzmeerhäfen auch auf das Land auswirke. Ukrainische, moldauische und EU-Verkehrsunternehmen sollen Fahrten durch die jeweiligen anderen Länder gestattet werden.

EU-Parlament fordert Lieferstopp von russischem Gas, Öl und Kohle

Eine Mehrheit der Abgeordneten im EU-Parlament hat einen sofortigen Lieferstopp von Öl, Kohle und Gas aus Russland gefordert. In einer entsprechenden Resolution dringen die Abgeordneten am Donnerstag zudem auf ein Embargo von russischem Kernbrennstoff und dass die Erdgasfernleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 vollständig aufgegeben werden.

Zudem sollten die EU-Kommission und die Staaten einen Plan vorlegen, um die Energieversorgungssicherheit der EU auch kurzfristig zu sichern, hieß es in dem verabschiedeten Text. 413 Abgeordnete stimmten dafür, 93 dagegen und 46 enthielten sich. „Das Massaker von Butscha und die anderen Gräueltaten von Putins Armee dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben“, sagte der EU-Parlamentarier Peter Liese (CDU). „Wir müssen Putin und seine Oligarchen dort treffen, wo es sie am meisten schmerzt. Das ist nun mal der Energiebereich.“

In einem früheren Text hatte das EU-Parlament lediglich eine Beschränkung der Einfuhr der wichtigsten russischen Exportgüter, einschließlich Öl und Gas, gefordert. Beschließen kann das EU-Parlament solche Sanktionen jedoch nicht, das machen die EU-Staaten.

Ausschluss russischer Unternehmen von Ausschreibungen

Zum Ausschluss russischer Unternehmen von EU-Ausschreibungen gibt es hier eine Analyse der Kanzlei FPS.

[Ausschluss russischer Unternehmen von öffentlichen Ausschreibungen \(fps-law.de\)](https://www.fps-law.de/en/press-releases/2022/03/2022-03-10-ausschluss-russischer-unternehmen-von-oeffentlichen-ausschreibungen)

EU-Hilfe bei Lieferketten-Problemen

Die Plattform Enterprise Europe Network (EEN) hilft von Lieferkettenproblemen betroffenen Unternehmen, Partner in Europa zu finden. Die EEN-Plattform „Supply Chain Resilience“ bietet ein Partnervermittlungsinstrument, das Unternehmen bei jeglicher Unterbrechung ihrer Wertschöpfungskette hilft.

[The Supply Chain Resilience \(SCR\) platform - Welcome \(b2match.io\)](https://www.b2match.io/en/the-supply-chain-resilience-scr-platform-welcome)

EU-Leitfaden zu Sanktionen

Website der EU-Generaldirektion FISMA mit allen FAQ zu den EU-Sanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eu_sanctions/)

EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eu_sanctions/faq-export-restrictions-russia)

4. Russland-Gegensanktionen

Gesetzesvorhaben zur strafrechtlichen Haftung für Befolgung westlicher Sanktion

Seit Montag wird durch die russische Duma ein Gesetz geprüft, dass die Befolgung westlicher Sanktionen durch ausländische Unternehmen in Russland unter harte Strafen stellen würde (wir berichteten im letzten Update). Noch ist das Gesetz nicht verabschiedet. Wie berichtet, hatten ausländische Wirtschaftsverbände, darunter Vertretungen der Unternehmen der USA, Japans, Frankreichs, Italiens und Deutschlands in einem Brief gegen das Vorhaben protestiert. Zu diesem Gesetz liegt uns eine neue Analyse der Rechtsanwälte von Brand&Partner vor:

[Gesetzesentwurf: Strafrechtliche Haftung für Befolgung westlicher Sanktionen \(cleverreach.com\)](https://www.cleverreach.com)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

dpa:

Russland steigt nach UN-Votum aus dem Menschenrechtsrat aus

Als Reaktion auf Berichte über russische Menschenrechtsverletzungen im Ukraine-Krieg hat die UN-Vollversammlung die Mitgliedschaft Russlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ausgesetzt. Daraufhin erklärte Russland seine Mitgliedschaft selbst am Donnerstag für vorzeitig beendet, wie das russische Außenministerium in Moskau am Abend mitteilte. Eine unter anderem von Großbritannien und den USA eingebrachte Resolution zur Suspendierung Russlands war zuvor in New York von der Vollversammlung verabschiedet worden. 93 Mitglieder stimmten dafür, darunter Deutschland und die USA. 58 Mitglieder enthielten sich. 24 Mitglieder stimmten dagegen, darunter neben Russland unter anderem noch Algerien, Bolivien, China, Kuba, Nordkorea, Eritrea, Äthiopien, der Iran und Syrien. Insgesamt kam so die notwendige Zweidrittelmehrheit zusammen, für die Enthaltungen nicht gezählt wurden.

Der UN-Menschenrechtsrat ist ein 2006 als Nachfolger der UN-Menschenrechtskommission gegründetes und in Genf angesiedeltes Unterorgan der Vollversammlung. Ihm gehören 47 Mitgliedsstaaten an, die jeweils für drei Jahre gewählt werden. Im Resolutionstext heißt es, dass «das Recht auf Mitgliedschaft der Russischen Föderation im Menschenrechtsrat suspendiert» werde. Ein derartiger Schritt war zuvor vielfach von Vertretern westlicher Länder gefordert worden. Auch die führenden westlichen Industriestaaten (G7), darunter Deutschland, hatten sich dafür ausgesprochen. «Wir sind überzeugt, dass es jetzt Zeit dafür ist, die Mitgliedschaft Russlands im Menschenrechtsrat zu suspendieren.»

Dagegen teilte das Außenministerium in Moskau mit, es handele sich um einen unrechtmäßigen und politisch motivierten Schritt. Ziel sei es, Russland als souveränes UN-Mitglied demonstrativ zu bestrafen dafür, dass es eine unabhängige Innen- und Außenpolitik verfolge. Der ukrainische UN-Botschafter Serhij Kislizia hatte vor der Abstimmung mit drastischen Worten dazu aufgefordert, für die Resolution zu stimmen. «Mit Nein zu

stimmen, bedeutet, den Abzug zu ziehen, und einen roten Punkt auf dem Abstimmungsbildschirm - rot wie das Blut der verlorenen Leben. Dieses Bild wird Ihnen und uns allen bleiben, solange unser Gedächtnis uns nicht verlässt.»

Durch die Suspendierung wäre Russland zwar bis zum Ende seiner Amtszeit offiziell Mitglied des Rates geblieben, hätte aber alle Rechte dieser Mitgliedschaft verloren. Das Land hätte beispielsweise an den Sitzungen des Menschenrechtsrats nicht mehr teilnehmen können, auch nicht als Beobachter.

Nach wie vor bleibt Russland Mitglied der Vereinten Nationen - und als ständiges Mitglied mit Veto-Recht im Sicherheitsrat auch eines der mächtigsten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte dem Sicherheitsrat vor kurzem Versagen im Ukraine-Krieg vorgeworfen und als eine Lösung den Ausschluss Russlands aus dem Rat vorgeschlagen - das ist aber nach UN-Regularien so gut wie nicht möglich.

Russland saß seit 2020 zum wiederholten Mal im Menschenrechtsrat. Das Gremium erstellt immer wieder kritische Berichte über die Verletzung der Menschenrechte in einigen Konflikten. Andererseits werfen ihm Kritiker vor, Missstände bei Großmächten wie China nicht ausreichend zu verurteilen. Es kommt auch immer wieder vor, dass Länder vertreten sind, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden - beispielsweise China oder Saudi-Arabien.

Um die Mitgliedschaft eines Landes, das, so heißt es in der entsprechenden Resolution des Menschenrechtsrats, «grobe und systematische Menschenrechtsverletzungen begeht» - zu suspendieren, müssen laut UN-Regularium zwei Drittel der Mitglieder der UN-Vollversammlung dafür stimmen. In der Geschichte des Menschenrechtsrats war das bislang erst einmal der Fall: Libyen wurde im März 2011 wegen seines brutalen Vorgehens gegen Demonstranten ausgeschlossen. 2018 hatten sich die USA unter Präsident Donald Trump aus dem Menschenrechtsrat zurückgezogen, waren 2021 unter dessen Nachfolger Joe Biden aber wieder zurückgekehrt.

[Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation](#) **Russland verhängt Sanktionen gegen 130 neuseeländische Parlamentarier**

Russland verhängt persönliche Sanktionen gegen 130 führende neuseeländische Politiker und Parlamentarier. Dies teilte das russische Außenministerium am Donnerstag, den 7. April, mit. Diese Maßnahmen wurden als Reaktion auf die Maßnahmen der neuseeländischen Regierung ergriffen. Insbesondere wurden Generalgouverneurin Cynthia Kiro, Premierministerin Jacinda Ardern, der stellvertretende Premierminister Grant Robertson und Außenminister Nanaiah Mahuta auf die Sanktionsliste gesetzt.

Izvestia:

Russisches Außenministerium kündigt persönliche Sanktionen gegen australische Abgeordnete an

Russland hat persönliche Sanktionen gegen 228 Mitglieder der australischen Führung und des Parlaments verhängt. Dies teilte das russische Außenministerium am Donnerstag, den 7. April, mit.

Die "Stoppliste" von Personen, denen die Einreise nach Russland untersagt ist, umfasst Mitglieder des australischen Nationalen Sicherheitsausschusses, des Repräsentantenhauses, des Senats und der regionalen gesetzgebenden Versammlungen. Dieser Schritt ist eine Reaktion auf die unfreundlichen Handlungen der derzeitigen australischen Regierung, die bereit ist, jede Maßnahme zur Abschreckung Russlands zu unterstützen", so das Ministerium in einer Erklärung.

Auf der schwarzen Liste stehen unter anderem Premierminister Scott Morrison, der stellvertretende Premierminister Barnaby Joyce, Innenministerin Karen Andrews, Finanzminister Saimoy Birmingham, Verteidigungsminister Peter Dutton, Außenminister Mariz Payne und Generalstaatsanwältin Michaelia Cash.

"Weitere Ankündigungen zur Ausweitung der schwarzen Liste der Sanktionen auf australische Militärangehörige, Geschäftsleute, Experten und Medienpersönlichkeiten, die dazu beitragen, eine negative Einstellung gegenüber unserem Land zu schüren, werden bald folgen", so das russische Außenministerium.

TASS

Russisches Außenministerium kündigt Reaktion auf US-Sanktionen im Finanzsektor an

Die Reaktion auf die US-Sanktionen wird nicht notwendigerweise symmetrisch sein, aber sie wird trotzdem spürbar sein, hat das Ministerium versprochen

Russland wird in Kürze Vergeltungsmaßnahmen für die US-Sanktionen gegen den russischen Finanzsektor und Beamte ankündigen. Dies erklärte Alexander Darchiev, Direktor der Nordamerika-Abteilung des russischen Außenministeriums, in einem Kommentar zu einer Medienanfrage im Zusammenhang mit den nächsten antirussischen US-Sanktionen.

Briefings der AHK Moskau

Die AHK Moskau bietet zahlreiche Informationsangebote an. Die AHK hat zudem eine Krisen-Hotline geschaltet. Unter +7 (495) 234 49 54 können Sie die Kollegen fast rund um die Uhr erreichen. Hier können Sie sich für die Briefings der AHK anmelden:

[NEW AHK Briefings Subscription \(clickdimensions.com\)](https://www.clickdimensions.com)

5. Sanktionen der USA

Biden verbietet Neuinvestitionen in Russland

Am 6. April hat US-Präsident Joe Biden für US-Bürger neue Investitionen in und bestimmte Dienstleistungen für die Russische Föderation verboten. Hier Auszüge aus der Executive Order des Präsidenten:

„Ich, JOSEPH R. BIDEN JR., Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, ordne hiermit an, zusätzliche Maßnahmen in Bezug auf den nationalen Notstand zu ergreifen, der in der Exekutivanordnung 14024 vom 15. April 2021 erklärt, durch die Exekutivanordnung 14066 vom 8. März 2022 erweitert und für zusätzliche Maßnahmen in der Exekutivanordnung 14039 vom 20. August 2021 und der Exekutivanordnung 14068 vom 11. März 2022 herangezogen wurde:

Abschnitt 1. (a) Folgendes ist verboten:

(i) Neuinvestitionen in der Russischen Föderation durch eine Person der Vereinigten Staaten, unabhängig von ihrem Standort;

(ii) die Ausfuhr, die Wiederausfuhr, der Verkauf oder die Lieferung, direkt oder indirekt, von den Vereinigten Staaten aus oder durch eine Person der Vereinigten Staaten, gleichgültig, wo sie ansässig ist, einer Kategorie von Dienstleistungen, die vom Finanzminister in Absprache mit dem Außenminister festgelegt wird, an eine Person in der Russischen Föderation; und

(iii) jede Genehmigung, Finanzierung, Erleichterung oder Garantie einer Transaktion einer ausländischen Person durch eine Person der Vereinigten Staaten, unabhängig von ihrem Standort, wenn die Transaktion dieser ausländischen Person nach diesem Abschnitt verboten wäre, wenn sie von einer Person der Vereinigten Staaten oder innerhalb der Vereinigten Staaten durchgeführt würde.

(b) Die Verbote in Unterabschnitt (a) dieses Abschnitts gelten, soweit sie nicht in Gesetzen, Verordnungen, Anordnungen, Richtlinien oder Lizenzen vorgesehen sind, die gemäß dieser Anordnung erlassen werden können, und ungeachtet aller vor dem Datum dieser Anordnung abgeschlossenen Verträge oder erteilten Lizenzen oder Genehmigungen.

Abs. 2. (a) Jede Transaktion, durch die eines der in dieser Verordnung festgelegten Verbote umgangen oder umgangen wird, die darauf abzielt, umgangen oder umgangen zu werden, die einen Verstoß gegen eines der Verbote verursacht oder versucht, dagegen zu verstoßen, ist verboten.

(b) Jegliche Verschwörung zur Verletzung eines der in dieser Verordnung festgelegten Verbote ist verboten.

Abs. 3. Nichts in dieser Anordnung verbietet Transaktionen zur Durchführung der offiziellen Geschäfte der US-Regierung oder der Vereinten Nationen (einschließlich ihrer Sonderorganisationen, Programme, Fonds und verwandter Organisationen) durch deren Angestellte, Zuschussempfänger oder Auftragnehmer.

...

Vollständiger Text:

[Prohibiting New Investment in and Certain Services to the Russian Federation in Response to Continued Russian Federation Aggression | The White House](#)

USA listen weitere Personen und Banken

Vor dem Hintergrund der Ereignisse im Kiewer Vorort Butscha haben die USA weitere Sanktionen gegen Russland erlassen – dieses Mal sind auch Familienmitglieder von Präsident Putin und Außenminister Sergej Lawrow von den Maßnahmen betroffen. Hinzu kommen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates, wie Ex-Präsident und Premierminister Dmitri Medwedew und der derzeitige Regierungschef Michail Mischustin. Die neuen Sanktionen richten sich insbesondere gegen die Sberbank und die Alfa-Bank. Die Sberbank halte nach US-Angaben fast ein Drittel der Vermögenswerte des gesamten russischen Bankensektors und sei für die russische Wirtschaft systemrelevant.

Hier die Details:

[U.S. Treasury Escalates Sanctions on Russia for Its Atrocities in Ukraine | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russia-related Designations | U.S. Department of the Treasury](#)

Die folgenden Organisationen und Personen wurden demnach am 6. April in die SDN-Liste des OFAC aufgenommen:

- 16 weitere Mitglieder des Sicherheitsrates der Russischen Föderation;
- Putins erwachsene Töchter, TIKHONOVA, Katerina Vladimirovna, und VORONTSOVA, Maria Vladimirovna;
- Russischer Ministerpräsident MISHUSTIN Michail Wladimirowitsch;
- die Ehefrau und eine Tochter des russischen Außenministers, Maria Lawrowa und Jekaterina Winokurova.
- Fünf Schiffe, die alle mit der ALFA-LIZING OOO verbunden sind:
Lady Leila (UCGL); Lady Rania (UBB09); Lady Sevda (UBWL7); SV Konstantin (UBUS4);
SV Nikolay (UBTU6)
- Die Sberbank sowie 42 ihrer Tochtergesellschaften
- Die Alfa-Bank und 6 ihrer Tochtergesellschaften

- Alle weiteren Einrichtungen, die zu 50 Prozent oder mehr direkt oder indirekt der Public Joint Company Sberbank of Russia und der Joint Stock Company Alfa-Bank gehören, sind gemäß E.O. 14024 ebenfalls gesperrt, auch wenn sie nicht vom OFAC benannt wurden.

Gleichzeitig mit den neuen Maßnahmen hat das OFAC am 6. April 2022 die neuen, Russland betreffenden General License 8B, General License 9B, General License 10B, General License 21, General License 22 und General License 23 erteilt.

- Die Generallizenz 8B berechtigt zu Transaktionen im Energiebereich.
[russia_gl8b.pdf \(treasury.gov\)](#)
- Die Generallizenz 9B erlaubt Transaktionen im Zusammenhang mit dem Handel mit bestimmten Schuldtiteln oder Aktien.
[russia_gl9b.pdf \(treasury.gov\)](#)
- Die Generallizenz 10B erlaubt bestimmte Transaktionen im Zusammenhang mit Derivatkontrakten.
[russia_gl10b.pdf \(treasury.gov\)](#)
- Die Generallizenz 21 berechtigt zur Auflösung der Sberbank CIB USA, Inc.
[russia_gl21.pdf \(treasury.gov\)](#)
- Die Generallizenz 22 genehmigt die Abwicklung von Geschäften mit der staatlichen Aktiengesellschaft Sberbank of Russia.
[russia_gl22.pdf \(treasury.gov\)](#)
- Die Generallizenz 23 berechtigt zur Abwicklung von Geschäften mit der Aktiengesellschaft Alfa-Bank.
[russia_gl23.pdf \(treasury.gov\)](#)

Änderungen gibt es in der SDN-Liste in Bezug auf KOLOKOLTSEV, Vladimir Alexandrovich; KRASNOV, Igor Victorovich; MATVIYENKO, Valentina Ivanovna; NARYSHKIN, Sergey Yevgenyevich; SHCHEGOLEV, Igor.

Bericht zu den Maßnahmen in der russischen Presse:

[WSJ: США ужесточат санкции против Сбербанка и Альфа-банка - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

[USA blockieren Zahlungen aus Russland: Droht nun die Staatspleite? - Business Insider](#)
Russland droht die Staatspleite, auch weil US-Banken keine Zahlungen mehr für das Land abwickeln dürfen — so geht es nun weiter

Das US-Finanzministerium hat angekündigt, dass es Russland nicht mehr erlauben werde, seine Schulden in US-Dollar über seine Korrespondenzbank JPMorgan in den USA zu tilgen. Damit rücke Russland einer Staatspleite noch ein Stück näher, sagen Experten. Russland könnte somit jahrelang von den internationalen Märkten isoliert werden, wenn es zahlungsunfähig ist.

Bislang hat Russland trotz harter Sanktionen aus dem Westen einen Zahlungsausfall vermeiden können. Doch am Montag teilte das US-Finanzministerium mit, dass es Russland nicht länger erlauben werde, Zahlungen zur Schuldentilgung von russischen Regierungskonten bei US-Banken zu leisten. Dabei wurde am selben Tag eine Staatsanleihe im Wert von 552 Millionen US-Dollar sowie eine Coupon-Zahlung von 84 Millionen Dollar fällig.

Das Finanzministerium teilte JPMorgan, Russlands ausländischer Korrespondenzbank, mit, dass sie die am Montag fälligen Zahlungen nicht abwickeln dürfe, sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Person zu Insider. JPMorgan lehnte eine Stellungnahme ab. Experten gehen davon aus, dass der Schritt das Risiko eines russischen Zahlungsausfalls deutlich erhöht. Timothy Ash, ein Ökonom bei der Bluebay Asset Administration mit Sitz in London, sagte Insider, er schätze die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls auf mittlerweile 80 Prozent.

Ein russischer Zahlungsausfall könnte für den Kreml katastrophale Auswirkungen haben und das Land jahrelang vom Markt isolieren. Für das globale Finanzsystem wird die russische Abkapslung laut Strategen eher weniger Folgen mit sich ziehen. Doch was passiert, wenn Russland tatsächlich bankrottgeht? Ein Überblick.

Warum ist das Risiko eines Zahlungsausfalls gestiegen?

Bislang erlaubte das US-Finanzministerium Russland seine Schulden in Dollar über amerikanische Banken zu begleichen. Doch am Montag änderte es abrupt seinen Kurs, um den Druck auf Moskau nach eigenen Angaben zu erhöhen. Von nun an sei es Russland verboten, stillgelegte Gelder auf US-Konten für Zahlungen zu verwenden. Das bedeutet, dass das Land auf Dollar aus anderen Quellen zurückgreifen müsse.

Normalerweise wäre das Russland kein Problem: Das Land erhält genug Dollar aus Öl- und Gasexporten und hat nach Angaben des Finanzministeriums des Landes trotz der Sanktionen gegen die Zentralbank immer noch Zugang zu etwa der Hälfte seiner Währungsreserven in Höhe von 640 Milliarden Dollar. Diese Reserven sind jedoch gerade jetzt kostbar. Schließlich muss Russland in diesem Jahr Auslandsschulden in Höhe von über zwei Milliarden Dollar begleichen, darunter die am Montag fälligen 600 Millionen Dollar. Ash von BlueBay fügte hinzu, dass Russland wahrscheinlich Schwierigkeiten haben werde, eine Bank zu finden, die die Zahlungen abwickelt. Der Kreml könnte gezwungen sein, sich an inländische Kreditgeber wie die Gazprombank zu wenden, sagte er, aber dann könnte es zu erheblichen Verzögerungen kommen.

Wann könnte Russland zahlungsunfähig werden?

Am Montag wurde eine Anleihe im Wert von 552 Millionen Dollar sowie eine Coupon-Zahlung im Wert von 84 Millionen Dollar fällig. Russland hat nun eine Frist von 30 Tagen, um die Schulden zu tilgen, andernfalls gerät es in Verzug. Sollte das Land nicht rechtzeitig zahlen, droht ein Dominoeffekt. Nach Schätzungen von JPMorgan schuldete die Regierung Ende 2021 etwa 39 Milliarden Dollar in Fremdwährungsanleihen, von denen etwa 20 Milliarden für ausländische Investoren bestimmt waren.

Der Schritt des Finanzministeriums könnte auch die Fähigkeit russischer Unternehmen beeinträchtigen, ihre Schulden zu begleichen, da westliche Banken eventuell abgeschreckt werden. Welche weiterreichenden Auswirkungen das haben könnte, ist allerdings noch unklar.

Welche Auswirkungen hätte ein Zahlungsausfall?

Russland hat seit dem Einmarsch in die Ukraine Zahlungen in Höhe von mehr als 700 Millionen Dollar geleistet und damit deutlich gemacht, dass es einen Zahlungsausfall um jeden Preis vermeiden will. Einige Experten sind aber der Meinung, dass ein tatsächlicher Zahlungsausfall kaum einen Unterschied machen würde, da Russland schon jetzt vom globalen Markt ausgeschlossen ist.

„Ich glaube nicht, dass es große Auswirkungen haben wird, da die russische Wirtschaft schon zum größten Teil von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten ist“, sagte Andrew Kenningham, Chefökonom für Europa bei Capital Economics, letzten Monat zu Insider.

Ash entgegnete jedoch, ein Zahlungsausfall wäre ein „Alptraum“ für die Regierung. Denn der Krieg bedeute, dass Russland höchstwahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, die üblichen Verhandlungen mit den Anleihegläubigern aufzunehmen, die traditionell auf einen Zahlungsausfall folgen. Er sagte, es gäbe „kein Licht am Ende des Tunnels“, und fügte hinzu, dass die Kreditkosten in den kommenden Jahren wahrscheinlich explosionsartig steigen würden. Die Besitzer russischer Anleihen wären natürlich auch betroffen, darunter Vermögensverwaltungsriesen wie BlackRock und Fidelity, die zu den größten ausländischen Investoren in Russland gehören.

Den Experten zufolge bleibt es dennoch unwahrscheinlich, dass ein Zahlungsausfall so etwas wie eine globale Finanzkrise auslösen würde. Russlands Auslandsschulden seien im Vergleich zu vielen anderen Ländern recht gering, was zum Teil daran liege, dass das Land schon seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 mit westlichen Sanktionen belegt sei.

„Vor allem die finanziellen Verflechtungen sind gering“, sagte Melanie Debono, Senior Europe Economist bei Pantheon Macroeconomics, im März zu Insider. „Die Banken in wenig geschützten Ländern sind gut darauf vorbereitet, Marktstörungen zu überstehen.“

US-Maßnahmen gegen die russische Schifffahrt und Alrosa - Weitere Personen- und Unternehmenslistungen

Am 7. April ergänzte das Office of Foreign Asset Control die bereits am 6. April veröffentlichten Maßnahmen um weitere Personen- und Unternehmenslistungen. Acht weitere Personen aus dem Umfeld der United Shipbuilding Company wurden gelistet, außerdem 29 Unternehmen mit Bezug zur russischen Schifffahrtsindustrie. Dazu auch das Unternehmen Alrosa. Das russische Staatsunternehmen ist das größte Diamantenförderunternehmen der Welt und ist für 90 Prozent der russischen Diamantenförderkapazität verantwortlich. Gleichzeitig wurden auch verschiedene General Licences veröffentlicht.

Hier die Details:

[Russia-related Designations and Designations Updates; Issuance of Russia-related General Licenses | U.S. Department of the Treasury](#)

Aktion gegen Cyberkriminalität: Zwei weitere russische Unternehmen gelistet

Das US-Finanzministerium verhängte am Mittwoch Sanktionen gegen die russische Firma Hydra, den weltgrößten Darknet-Markt, und die Ransomware-aktivierende virtuelle Währungsbörse Garantex. Dazu heißt es in einer Erklärung:

„Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministerium hat den weltweit größten und bekanntesten Darknet-Markt, Hydra Market (Hydra), in einer koordinierten internationalen Anstrengung sanktioniert, um die Verbreitung von böartigen Cybercrime-Diensten, gefährlichen Drogen und anderen illegalen Angeboten zu unterbinden, die über die in Russland ansässige Website angeboten werden. Diese Aktion geschah in internationaler Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundeskriminalamt, das am Mittwoch Hydra-Server in Deutschland abgeschaltet und Bitcoin im Wert von 25 Millionen Dollar beschlagnahmt hat.

„Die globale Bedrohung durch Cyberkriminalität und Ransomware, die ihren Ursprung in Russland hat, und die Fähigkeit der kriminellen Anführer, dort ungestraft zu operieren, ist für die Vereinigten Staaten äußerst besorgniserregend“, sagte Finanzministerin Janet L. Yellen. „Unsere Maßnahmen senden heute eine Botschaft an die Kriminellen, dass sie sich nicht im Darknet oder in ihren Foren verstecken können, und auch nicht in Russland oder irgendwo sonst auf der Welt. In Abstimmung mit unseren Verbündeten und Partnern, wie Deutschland und Estland, werden wir diese Netze weiter stören.“

Russland ist ein Zufluchtsort für Cyber-Kriminelle. Die heutigen Maßnahmen gegen Hydra und Garantex bauen auf den jüngsten Sanktionen gegen die virtuellen Währungsbörsen SUEX und CHATEX auf, die beide, wie auch Garantex, vom Federation Tower in Moskau aus operierten.“

Pressemitteilung des US-Finanzministeriums:

[Treasury Sanctions Russia-Based Hydra, World's Largest Darknet Market, and Ransomware-Enabling Virtual Currency Exchange Garantex | U.S. Department of the Treasury](#)

Weitere Links zu den neuen US-Sanktionsmaßnahmen und Debatten:

Das Weiße Haus:

- Exekutivverordnung: [Prohibiting New Investment in and Certain Services to the Russian Federation in Response to Continued Russian Federation Aggression](#)
- Botschaft an den US-Kongress: [A Message to the Congress, on Prohibiting New Investment in and Certain Services to the Russian Federation in Response to Continued Russian Federation Aggression](#)
- [FACT SHEET: United States, G7 and EU Impose Severe and Immediate Costs on Russia](#)
- Hintergrundgespräch mit Vertretern des Weißen Hauses: [Background Press Call by Senior Administration Officials on New Economic Costs on Russia](#)

Pressemitteilungen aus Treasury:

- [U.S. Treasury Escalates Sanctions on Russia for Its Atrocities in Ukraine](#)
- [Treasury Sanctions Russia-Based Hydra, World's Largest Darknet Market, and Ransomware-Enabling Virtual Currency Exchange Garantex](#)

Pressestatement des US-Außenministers Antony Blinken:

- [Targeting Additional Russian Financial Institutions, Officials, and Other Individuals](#)

Hier auch ein Update aus dem US-Justizministerium:

- [Attorney General Merrick B. Garland Delivers Remarks on Enforcement Actions to Disrupt and Prosecute Russian Criminal Activity](#)
- [Deputy Attorney General Lisa O. Monaco Delivers Remarks on Enforcement Actions to Disrupt and Prosecute Russian Criminal Activity](#)
- [Russian Oligarch Charged with Violating U.S. Sanctions](#)
- [Justice Department Announces Court-Authorized Disruption of Botnet Controlled by the Russian Federation's Main Intelligence Directorate \(GRU\)](#)

Weitere Meldungen aus den USA:

[Handelsblatt](#)

USA kündigen normale Handelsbeziehungen zu Russland und Belarus auf

Senat und Repräsentantenhaus stimmen fast einstimmig für das Gesetz. Damit erhalten die beiden Länder den gleichen Status wie Nordkorea und Kuba.

Wegen des Ukrainekriegs stufen die USA Russland und Belarus als Handelspartner zurück. Der Senat und das Repräsentantenhaus entzogen beiden Ländern den Status der normalen

Handelsbeziehungen (Permanent Normal Trade Relations, PNTR). Einen entsprechenden Gesetzentwurf nahmen beide Kammern des Kongresses an.

Der Senat stimmte mit 100 zu null für das Aufheben der normalen Handelsbeziehungen. Im Abgeordnetenhaus fiel das Votum 420 zu drei aus. Dagegen stimmten nur die drei Trumpfnahen Republikaner Marjorie Taylor Greene aus Georgia, Thomas Massie aus Kentucky und Matt Gaetz aus Florida.

Außerdem segneten beide Kammern des Kongresses den Einfuhrstopp für russisches Öl ab.

Mit dem Ende der normalen Handelsbeziehungen sind höhere Zölle auf russische Waren möglich. Zuvor hatten die Handelsbeziehungen mit Russland handelspolitische Vergünstigungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) genossen, die nun aufgehoben werden. Dafür musste der Kongress Russland den Status als „meistbegünstigte Nation“ entziehen. Dieser Grundsatz schreibt die Gleichbehandlung der Länder in der WTO bei Zöllen und anderen Regulierungsmaßnahmen vor.

Das Meistbegünstigungsprinzip („most favoured nation, MFN“) bedeutet, dass Mitglieder der Welthandelsorganisation allen anderen Mitgliedern den gleichen Zugang zu ihrem Markt einräumen müssen – mit wenigen Ausnahmen. Zölle können also in der Regel nicht willkürlich für ein bestimmtes Land höher angesetzt werden.

Nun können auch die Importe von Platin, Chemikalien, Eisen und Stahl beschränkt werden

Wenn die nationale Sicherheit betroffen ist, können Ausnahmen greifen. In den Bestimmungen heißt es, dass Länder Maßnahmen treffen können, die „nach ihrer Auffassung zum Schutz ihrer wesentlichen Sicherheitsinteressen notwendig sind (...) in Kriegszeiten oder bei sonstigen ernsten Krisen in den internationalen Beziehungen“.

Die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Russland sind zwar nicht besonders stark: Russland war 2019 nach Angaben der US-Regierung nur auf Rang 20 der größten Warenlieferanten der Vereinigten Staaten, vor allem wurden Öl, Gas, Metalle und Chemikalien eingeführt. Den Import von russischem Öl und Gas haben die USA bereits komplett gestoppt.

Dennoch hat die Herabstufung der Handelsbeziehungen Symbolcharakter. Schon heute hat Washington die Einfuhr von Öl, Wodka, Diamanten und Kaviar untersagt. Nun können auch die Importe von Platin, Chemikalien, Eisen und Stahl beschränkt werden.

Die normalen Handelsbeziehungen zu Russland formal aufzuheben sei das Richtige, „weil es Putins Wirtschaft einen weiteren Schlag gibt“, sagte der Vorsitzende der demokratischen Mehrheitsfraktion im Senat, Chuck Schumer. „Es ist ein entscheidender Teil jeder Strategie, Putin für seine grausamen Attacken gegen unschuldige Zivilisten zur Verantwortung zu ziehen“, sagte er.

Neue Sanktionen gegen Aeroflot

Auch im Luftfahrtsektor gab es neue Strafen: Am Donnerstag verbot die Regierung in Washington US-Exporte an die drei russischen Fluggesellschaften Aeroflot, Utair und Azur Air. Damit erhalten die Airlines keine Warenlieferungen mehr aus den Vereinigten Staaten, auch keine Teile zur Wartung ihrer Maschinen.

„Diese Beschränkungen sind von großer Bedeutung, da es offensichtlich schwierig ist, weiterzufliegen, wenn man seine Flugzeuge nicht warten kann“, erklärte der stellvertretende Handelsminister Matthew Axelrod. Damit könnten die Flugzeugflotten in absehbarer Zeit nicht mehr fliegen, weder international noch im Inland, weil ihnen nicht nur die Ersatzteile, sondern auch die damit verbundenen Dienstleistungen fehlten.

Das Handelsministerium kann Ausnahmen von dem Exportverbot gewähren, falls die Sicherheit eines Fluges gefährdet ist. Die Anordnung gilt für 180 Tage, kann aber verlängert werden.

Politico:

USA verhängen Flugverbot gegen Aeroflot und zwei weitere russische Fluggesellschaften (Arbeitsübersetzung)

Die Vereinigten Staaten haben am Donnerstag mitgeteilt, dass sie Vollstreckungsmaßnahmen ergreifen, um drei russische Fluggesellschaften - Aeroflot, Azur Air und UTair - daran zu hindern, ihre Tätigkeit sowohl international als auch in Russland selbst fortzusetzen.

„Mit den heutigen vorläufigen Verweigerungsanordnungen ergreift das Handelsministerium eine weitere wichtige Maßnahme, um Putin und seine Handlanger für ihre unentschuldbaren Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen“, erklärte Handelsministerin Gina Raimondo in einer Erklärung.

Die neuen „TDOs“ sind die ersten Durchsetzungsmaßnahmen, die das Bureau of Industry and Security des Handelsministeriums im Rahmen der strengen Ausfuhrkontrollen ergreift, die die Vereinigten Staaten als Reaktion auf Russlands unprovokierte und brutale Invasion in der Ukraine eingeführt haben. Die Anordnungen, die von Beamten des Ministeriums als eine ihrer schärfsten zivilrechtlichen Sanktionen bezeichnet wurden, gelten für 180 Tage, können aber verlängert werden.

Sollten sich die Fluggesellschaften der Anordnung widersetzen, könnten ihnen zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der strafrechtlichen Sanktionsbefugnis des BIS drohen, obwohl die Beamten des Ministeriums nur allgemein darüber sprachen, was dies bedeuten könnte. "Wenn jemand gegen unsere Regeln verstößt, ergreifen wir Maßnahmen", sagte ein Beamter des Ministeriums. Dies sind vorübergehende Verweigerungsanordnungen. Im Rahmen unserer zivilrechtlichen und administrativen Befugnisse haben wir auch die Möglichkeit, Personen und Unternehmen die Ausfuhrgenehmigung zu entziehen. Und je

nach Verhalten gibt es immer auch potenzielle strafrechtliche Verstöße und strafrechtliche Konsequenzen".

Handelsbeamte sagten, dass alle drei russischen Fluggesellschaften gegen die Exportkontrollen verstoßen haben, die den Betrieb von Flugzeugen mit US-Ursprung oder von ausländischen Flugzeugen, die mehr als 25 Prozent von den USA kontrollierte Teile enthalten, ohne eine vom BIS ausgestellte Lizenz verbieten. Alle 34 Flugzeuge von Azur Air stammen aus den USA, ebenso wie 48 der 63 Flugzeuge von UTair und 59 der 187 Flugzeuge von Aeroflot, so die Beamten.

Nach Angaben der Behörde führte Aeroflot mehrere Flüge mit Flugzeugen unter US-Kontrolle zwischen Moskau und Städten in China, Indien, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Inlandsflüge und Flüge zwischen Moskau und zwei russischen Städten durch.

Azur Air verstieß gegen US-Ausfuhrkontrollen auf Flügen zwischen Moskau und Städten in der Türkei, den Malediven, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Vietnam sowie innerhalb Russlands, so das Ministerium.

Die Verstöße von UTair erfolgten auf Flügen zwischen Russland und Tadschikistan, Armenien, Aserbaidschan, Saudi-Arabien und Usbekistan sowie auf Inlandsflügen. Die US-Ausfuhrkontrollen gelten auch für Teile, die für die Wartung dieser Flugzeuge benötigt werden.

„Diese Beschränkungen sind von großer Bedeutung, da es natürlich schwierig ist, weiter zu fliegen, wenn man sein Flugzeug nicht warten kann“, sagte Matthew Axelrod, stellvertretender Handelsminister für die Durchsetzung der Ausfuhrbestimmungen, gegenüber Reportern. Das Ministerium geht davon aus, dass die drei Fluggesellschaften mit der Zeit nicht mehr in der Lage sein werden, ihren Flugbetrieb fortzusetzen, weder international noch im Inland“, fügte er hinzu.

Boeing-Flugzeuge aus amerikanischer Produktion machen einen großen Teil der Flotte der drei Fluggesellschaften aus; Beamte des Handelsministeriums betonten, dass Boeing selbst nicht gegen die US-Exportkontrollen verstößt.

Das Ministerium hatte zuvor die russischen Eigentümer von mehr als 160 Flugzeugen darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie durch Flüge nach Russland offenbar gegen die US-Ausfuhrkontrollen verstoßen haben. Dazu gehören auch die drei Fluggesellschaften, gegen die die neuen Bescheide ergangen sind.

Weitere Informationen dazu:

[BIS Takes Enforcement Actions Against Three Russian Airlines Operating Aircraft in Violation of U.S. Export Controls | U.S. Department of Commerce](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Weitere Personensanktionen

Am 8. April wurden die folgenden Personen neu sanktioniert und sind nun Gegenstand eines Einfrierens von Vermögenswerten:

Katerina Vladimirovna TIKHONOVA
Jekaterina Sergejewna VINOKUROVA
Maria Vladimirovna VORONTSOVA

Der folgende Eintrag wurde geändert und unterliegt weiterhin dem Einfrieren von Vermögenswerten:

Evgeny Alekseevich FEDOROV

Bereits am 7. April hat das Vereinigte Königreich acht weitere Personen und zwei Einrichtungen in das System der Finanzsanktionen gegen Russland aufgenommen:

IVANOV, Sergei Sergeivich;
ROTENBERG, Boris Borisowitsch;
AKIMOV, Andrey Igorevich;
DYUKOV, Alexander Valeryevich;
KOGOGIN, Sergej Anatoljewitsch;
GURJEW, Andrej Grigorjewitsch;
MIKHELSON, Leonid Wiktorowitsch;
KANTOR, Wjatscheslaw.

CREDIT BANK OF MOSCOW a.k.a: (1) CREDIT BANK OF MOSCOW PJSC (2) CREDIT BANK OF MOSCOW PUBLIC JOINT STOCK COMPANY Anschrift: Lukov pereulok 2, bldg. 1, Moskau, Russland, 107045.

PJSC SBERBANK (PUBLIC JOINT-STOCK COMPANY SBERBANK) a.k.a: (1) PJSC Sberbank of Russia (2) Sberbank (3) Sberbank of Russia Adresse: 19 Vavilova St., Moskau, Russland, 117997.

Außerdem wurden Sanktionen gegen die folgenden Unternehmen angepasst:

GAZPROMBANK (Gruppen-ID: 13081)
PJSC SBERBANK (PUBLIC JOINT-STOCK COMPANY SBERBANK) (Gruppennummer: 13079)
ROSSELKHOZBANK (Gruppennummer: 13083)
UNITED AIRCRAFT CORPORATION (Gruppennummer: 13121)

URALVAGONZAVOD (Gruppen-ID: 13122)
VNESHECONOMBANK (VEB) (Gruppen-ID: 13082)
VTB BANK (Gruppennummer: 13080)

[Notice Russia 060422 InvBan.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)
[Notice Russia 060422.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Lizenzen

Die neue Allgemeingenehmigung INT/2022/1544176, die am 6. April 2022 in Kraft tritt und am 06. Mai 2022 abläuft, ermöglicht eine 30-tägige Abwicklungsfrist für Positionen, an denen die Credit Bank of Moscow beteiligt ist.

[210624 Belarus Publication Notice DRAFT.docx \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Trotz des Einfrierens von Vermögenswerten bei der Sberbank kann die Allgemeine Genehmigung für Zahlungen im Zusammenhang mit Energie weiterhin verwendet werden.

[210624 Belarus Publication Notice DRAFT.docx \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Kanada

Am 5. April 2022 änderte Kanada die Verordnungen über wirtschaftliche Sondermaßnahmen (Russland), um die Erbringung aller Versicherungs-, Rückversicherungs- und Zeichnungsdienstleistungen für Luftfahrzeuge, Luft- und Raumfahrtprodukte zu verbieten, die im Eigentum von in Russland ansässigen, gegründeten oder ansässigen Unternehmen und Personen stehen, von diesen kontrolliert werden, für diese registriert sind, von diesen gechartert oder von diesen betrieben werden. Außerdem wurden weitere neun Oligarchen und ihre Familienmitglieder sowie mit dem Regime verbundene Personen aufgeführt.

Die neu gelisteten Personen sind:

Wladimir Olegowitsch Potanin
Viktor Felixovich Vekselberg
Kirill Nikolajewitsch Schamalow
Igor Olegowitsch Kostjukow
Dmitri Alexandrowitsch Pumpjanski
Galina Evgenyevna Pumpyanskaya
Wadim Nikolajewitsch Moshkowitsch
Leonid Wiktorowitsch Mikhelson
Alexander Semenowitsch Winokurow

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](#)

Kanada erweitert Sanktionen gegen Belarus

Kanada hat am Dienstag sechs belarussische Oligarchen und drei stellvertretende Minister des belarussischen Verteidigungsministeriums in die Liste der zu verhängenden Sanktionen aufgenommen, und zwar;

1. Aleksandr Vasilevich SHAKUTIN
2. Wladimir Pawlowitsch PEFTIEW
3. Anatoli Andrejewitsch TERNAWSKI
4. Pawel Georgiewitsch TOPUZIDIS
5. Jewgeni Rafilowitsch BASKIN
6. Walentin Walentinowitsch BAIKO
7. Andrej Walerjanowitsch BURDJKO
8. Sergej Dmitrijewitsch SIMONENKO
9. Andrey Vladimirovich ZHUK

Kanada hat außerdem a) die Erbringung aller Versicherungs-, Rückversicherungs- und Underwriting-Dienstleistungen für Luftfahrzeuge, Luft- und Raumfahrtprodukte, die Eigentum von in Belarus ansässigen, eingetragenen, gecharterten oder betriebenen Einrichtungen und Personen sind oder von diesen kontrolliert werden, sowie b) die Ausfuhr aller in der Liste der beschränkten Güter und Technologien aufgeführten Güter nach Belarus verboten.

[Restricted Goods and Technologies List \(international.gc.ca\)](https://international.gc.ca)

Australien

Neue Sanktionsrunde gegen Personen

Am 7. April 2022 verabschiedete Australien das Autonomous Sanctions Amendment (No. 11) Instrument 2022 und nahm neue Einrichtungen in seine Sanktionsliste auf.

Zu den sanktionierten Personen gehören Mitglieder der russischen Regierung, Oligarchen, die Gouverneurin der russischen Zentralbank Elvira Sakhizadovna NABIULLINA, die Vorsitzenden der bereits sanktionierten VTB und Sberbank, Andrej Leonidovich KOSTIN und Herman GREF, Mitglieder des Vorstands der Rosneft Oil Company, CEOs großer russischer Unternehmen, erwachsene Kinder und die Ehefrau des Pressesekretärs des russischen Präsidenten Dmitry Peskov.

Dazu auch diese Meldung:

[Interfax:](#)

Australiens Außenministerin kündigt Sanktionen gegen 67 Russen an

Die australische Außenministerin Maris Paine hat am Donnerstag Sanktionen gegen 67 Russen wegen der Ereignisse in der Ukraine angekündigt.

„Heute kündige ich weitere Sanktionen an - gegen 67 Personen aus der russischen Elite und den Oligarchen“, zitierte der Sydney Morning Herald sie bei ihrer Ankunft auf einem Treffen der NATO-Außenminister und ihrer Partner. In einer auf der Website des australischen Außenministeriums veröffentlichten Pressemitteilung heißt es, die Sanktionen betreffen unter anderem den Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Michail Mizinzew, den Leiter des russischen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Maxim Reschetnikow, und den stellvertretenden Premierminister und Leiter des Regierungsbüros, Dmitri Grigorenko. Alexander Babakov, stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, steht ebenfalls auf der Sanktionsliste.

Darüber hinaus wurde ein oppositionelles Mitglied der ukrainischen Werchowna Rada der neunten Einberufung, Oleh Voloshyn, auf die Sanktionsliste gesetzt. In dem Dokument wird festgestellt, dass Australien im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine bereits Sanktionen gegen insgesamt etwa 600 Personen und Unternehmen verhängt hat.

Mitte März verhängte Australien Sanktionen gegen 33 russische Geschäftsleute und deren Familienangehörige.

Ende Februar kündigte der australische Premierminister Scott Morrison die Einführung von restriktiven Maßnahmen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und andere Vertreter der russischen Führung an.

Montenegro und Japan

Laut russischen Medienberichten weist Montenegro vier russische Diplomaten aus. Es werde erwartet, dass auch Japan Diplomaten ausweisen werde.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Tagesschau:

Die seltsame Stärke des Rubels

Der Rubel notiert mittlerweile wieder so hoch wie vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Was steckt dahinter - wirken die Sanktionen gegen Russland nicht?

Noch nie hat der Westen derart scharfe Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt wie seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Doch treffen diese Sanktionen die russische Wirtschaft überhaupt? Oder laufen sie ins Leere? Nicht wenige sehen im Rubel-Kurs einen Indikator dafür, wie wirksam die Sanktionen des Westens gegen Russland tatsächlich sind. Schließlich spiegelt der Wechselkurs einer Währung die wirtschaftliche Stärke des Landes wider, so die Idee dahinter.

Stützen Sanktionen die Währung indirekt?

Schaut man aber auf den Devisenmarkt, so bietet sich dort ein - auf den ersten Blick - überraschendes Bild: War die russische Landeswährung nach Verhängung der Sanktionen zunächst bis auf ein Rekordtief von über 150 Rubel je Dollar abgerutscht, so notiert sie nun bereits wieder ungefähr auf dem Niveau von vor Kriegsbeginn. Das ist aber keineswegs als Zeichen dafür zu interpretieren, dass die westlichen Sanktionen nicht wirken.

"Im Prinzip zielen die Sanktionen gar nicht darauf, den Rubel möglichst rasch und stark zu schwächen", erläutert Commerzbank-Devisenexperten Antja Praefcke im Gespräch mit tagesschau.de. "Es sind gewisse Güter sanktioniert. Wenn Güter sanktioniert sind, konzentriert sich ein Teil der russischen Nachfrage auf heimische Güter. Das stärkt wiederum den Rubel."

Zentralbank stützt den Kurs

Die aktuelle Rubel-"Stärke" ist in dieser Lesart ein - wenn auch unerwünschter - Nebeneffekt der westlichen Sanktionen. Sie ist aber auch der - vom Kreml erwünschte - Effekt zahlreicher Eingriffe seitens der russischen Zentralbank. Die Bank Rossii in Moskau hatte unter anderem verfügt, dass russische Rubel nicht mehr in ausländisches Bargeld umgetauscht werden können, und so den Rubel-Kurs gestützt.

Auch Kreml-Herrscher Wladimir Putin tat sein Bestes, um die heimische Währung zu stützen. So verblüffte er Devisenhändler, Ökonomen, Politiker und Unternehmen gleichermaßen mit seiner Forderung, dass "unfreundliche" Länder russische Gaslieferungen künftig nur noch in Rubel zu begleichen hätten.

"Diese Diskussion, bezahlen wir als Europäer in Rubel oder nicht, war letzten Endes eine absurde Diskussion", ist Devisen-Expertin Praefcke überzeugt. Mit Blick auf den Zahlungsverkehr ändere sich nämlich nicht viel. "Die Debatte hatte allerdings eine enorme

psychologische Wirkung. Es wurde suggeriert, es werden mehr Rubel gebraucht, auch wenn dies faktisch nicht der Fall war."

Kein "echter" Rubel-Kurs?

Die eigentlich spannende Frage ist aber die: Sind die gut 80 Rubel, die derzeit für einen Dollar gezahlt werden müssen, überhaupt ein fairer Preis, der unter den Bedingungen eines freien, funktionierenden Devisenmarktes zustande kam?

Ökonomin Praefcke hat da so ihre Zweifel: "Es findet kaum noch Handel statt, es gibt nur noch wenige Marktakteure. Es handelt sich um eine rein russische Onshore-Veranstaltung." Offshore, also im Ausland, finde quasi kein Handel mehr statt. Der Rubel-Markt sei kein frei bewerteter Markt mehr, der Rubel-Wechselkurs kein reiner Marktpreis.

Russische Wirtschaft dürfte massiv einbrechen

Das wirft wiederum die Frage auf, wie nachhaltig die aktuelle Rubel-"Stärke" ist. Schaut man auf die ökonomischen Daten, so spricht derzeit wenig für eine dauerhafte Rubel-Stärke. Der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zufolge dürfte die russische Wirtschaft in diesem Jahr um zehn Prozent einbrechen.

Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine hatte die Bank noch ein Wachstum von 3,0 Prozent prognostiziert. Dabei gehen die EBWE-Ökonomen in ihrer aktuellen Prognose von der - mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen - optimistisch erscheinenden Annahme aus, dass innerhalb weniger Monate eine Waffenruhe ausgehandelt wird.

Selbstsanktionierung beim Öl

Hintergrund des auch vom deutschen Sachverständigenrat erwarteten Konjunkturerinbruchs in Russlands sind die Sanktionen des Westens. "Durch die partielle Isolierung Russlands werden der Wirtschaft wichtige Vorleistungsgüter entzogen, sodass die Gesamtnachfrage in Russland schrumpfen wird", so Commerzbank-Ökonomin Praefcke.

Hinzu kommt: Auch wenn sich die EU und insbesondere Deutschland bislang nicht zu einem Öl- und Gasembargo gegen Russland durchringen konnte, so findet am Markt bereits jetzt eine Selbstsanktionierung vieler westlicher Ölimporteure statt. Auch das schwächt die russische Wirtschaft. Langfristig dürfte es wegen der Sanktionen auch zu Engpässen bei der Ausrüstung für die Ölförderung kommen.

Vor diesem Hintergrund schätzt die Internationale Energieagentur (IEA), dass die russischen Ölexporte - eine wichtige Einnahmequelle für das Land - in den nächsten Monaten deutlich schrumpfen werden.

Keine guten Aussichten für den Rubel

Nicht zuletzt sind auch die anhaltenden Spekulationen über eine bevorstehende Staatspleite Russlands als klar belastend für den Rubel zu werten. Russland hat inzwischen erstmals

Zahlungen für zwei Fremdwährungsanleihen nicht in Dollar, sondern in Rubel geleistet. Sollte das Geld in den kommenden 30 Tagen nicht noch in Dollar überwiesen werden, käme dies Ökonomen zufolge einem technischen Zahlungsausfall gleich.

Devisen-Expertin Praefcke ist daher überzeugt: "Sollte der Rubel-Kurs irgendwann wieder einmal frei auf dem Markt gehandelt werden, dann müsste er allein aufgrund der negativen Aussichten für die russische Wirtschaft abwerten."

[Tagesschau](#),

Erst ein Ölembargo träfe Russland hart

Die EU-Kommission plant einen Importstopp russischer Kohle. Als nächstes könnte auch Öl mit Sanktionen belegt werden. Doch nicht nur Russland dürfte unter den Folgen leiden.

Nun kommt es also, das Energieembargo gegen Russland. Die EU-Staaten haben einen Einfuhrstopp russischer Kohle beschlossen. Es ist ein erster Schritt der EU, die aus Russland importierte Energie mit Sanktionen zu belegen. "Bislang hat die EU die aus Russland importierte Energie nicht angetastet", sagt Janis Kluge, Russlandexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik, im Gespräch mit tagesschau.de. Das Kohle-Embargo zeige, dass die Europäer bereit seien, "auch über die Energieträger das russische Regime zu treffen".

Zwar sei die Sanktion zunächst eher ein symbolischer Akt, so Kluge: "Kohle ist als Exportgut für Russland im Grunde völlig unbedeutend, und auch die EU als Abnehmer spielt für Russland eine untergeordnete Rolle." Im vergangenen Jahr exportierte das Land Kohle im Wert von etwa vier Milliarden Euro in die EU. Das entspricht laut Kluge etwa einem Viertel der gesamten Kohleexporte von Russland, der überwiegende Teil der Ausfuhren geht in asiatische Länder wie Japan und Südkorea.

Folgt das Öl-Embargo?

Doch scheinen mit diesem Vorstoß die generellen Vorbehalte gegen ein Energieembargo zu schwinden. Denn schon sind öffentlich mögliche weitere Maßnahmen diskutiert worden. So rechnet EU-Ratspräsident Charles Michel damit, dass als nächster Schritt ein Importstopp von Öl aus Russland in die Europäische Union folgen könnte. Und auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte klar, dass weitere Sanktionen vorbereitet würden.

"Bislang waren die Energieimporte aus Russland die offene Flanke der EU-Sanktionen, die dem russischen Staat weiter eine Handlungsfähigkeit erlaubten", sagt Kluge. Sollten die Mitgliedsländer nun noch einen Schritt weiter gehen und zusätzlich zu einem Importstopp russischer Kohle auch ein Embargo für russisches Öl beschließen, würde das den Staat nach Ansicht des Experten hart treffen: "Vergleichen mit den Einnahmen, die der russische Staat aus Öllieferungen in die EU generiert, sind die Gelder aus der Kohle 'Peanuts'."

Denn Russland habe durch die Öllieferungen in der Vergangenheit einen Großteil seiner Einnahmen aus Energieexporten generiert: "Und fast drei Viertel dieser Einnahmen kamen aus der EU. Sanktioniert die EU russisches Öl, dann könnte das die Handlungsfähigkeit des russischen Staates spürbar einschränken, weil die Einnahmen um rund ein Drittel sinken würden", schätzt der Russland-Experte. Es wäre seiner Ansicht nach für die EU ein effektiver Weg, um die russische Kriegsmaschinerie finanziell entscheidend zu schwächen.

"Embargo für russische Kohle verkraftbar"

Für Deutschland hätten die Sanktionen unterschiedliche Folgen: Die Bundesrepublik importierte im vergangenen Jahr laut Statistischem Bundesamt Kohle im Wert von rund 2,2 Milliarden Euro aus Russland. Das entspricht zwar mehr als 50 Prozent der gesamten Einfuhren von Steinkohle nach Deutschland. Allerdings dürften sich diese Importe kompensieren lassen, schätzt Karen Pittel, die das ifo-Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen leitet, auf Anfrage von tagesschau.de: "In der Stromerzeugung könnte Steinkohle primär durch Braunkohle ersetzt werden, was wiederum kurzfristig Mengen verfügbar machen würde, um den Bedarf an Steinkohle in der Industrie zu decken." Darum würden die direkten Auswirkungen ihrer Meinung nach gering ausfallen: "Schauen wir uns die bisher bekannten Eckdaten an - bestehende Kohlevorräte, Möglichkeiten für den Ersatz der russischen Importe - dann erscheint ein Embargo für russische Kohle verkraftbar."

Auch beim Verein der Kohleimporteure bleibt man gelassen: "Schon seit Herbst letzten Jahres kam es bei russischer Kohle zu Lieferengpässen. Seitdem suchen Handel und Verbraucher nach Alternativen. Es gibt einen gut funktionierenden Weltmarkt mit etwa einer Milliarde Tonnen Steinkohle", sagte Alexander Bethe, Vorstandsvorsitzender des Vereins der Kohlenimporteure e.V. Er rechnet damit, dass man schon im kommenden Winter nicht mehr auf russische Kohle angewiesen sein wird: "Die russische Steinkohle kann durch Kohle aus anderen Ländern wie USA, Südafrika, Australien, Kolumbien, Mosambik und Indonesien ersetzt werden."

Laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck könnte sogar schon bis zum Frühsommer "ein Großteil der Betreiber gänzlich auf russische Steinkohle verzichten". Bis Ende des Sommers werde Deutschland frei von russischen Kohle-Lieferungen sein.

Öl ist wichtigster Rohstoff für Deutschland

Deutlich schwieriger dürfte für Deutschland hingegen ein Verzicht auf russisches Öl werden. Denn Mineralöl war im vergangenen Jahr, gemessen am Primärenergieverbrauch, der für Deutschland wichtigste Rohstoff. Und die überwiegende Menge der Importe kommt aus Russland. Das Land lieferte nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums 2021 rund 28 Millionen Tonnen Rohöl nach Deutschland und bediente damit mehr als ein Drittel des gesamten Ölverbrauchs hierzulande.

Auch hier gibt es, ähnlich wie bei der Kohle, ambitionierte Pläne für einen Ausstieg. "Durch die Vertragsumstellungen sinkt die Abhängigkeit von russischem Öl bereits jetzt absehbar auf 25 Prozent; diese veränderten Lieferketten werden schon in den kommenden Wochen und Monaten wirksam", heißt es in einem Papier des Bundeswirtschaftsministeriums. "Bis

Mitte des Jahres werden die russischen Ölimporte nach Deutschland voraussichtlich halbiert sein. Zum Jahresende streben wir an, nahezu unabhängig zu sein."

Bundesregierung lehnt Öl-Embargo ab

Und dennoch lehnt die Bundesregierung bislang ein Embargo von russischem Öl ab. Denn gerade für die ostdeutschen Raffinerie-Standorte Leuna und Schwedt, in denen Rohöl zu Benzin, Diesel, Flugbenzin oder etwa Heizöl für Tankstellen, Fluggesellschaften, Privatkunden und Unternehmen weiterverarbeitet wird, lässt sich das russische Öl nur schwer ersetzen. Denn das dort verarbeitete Rohöl wird vor allem über Pipelines an die Raffinerien geliefert. Zahlreiche Voraussetzungen müssten laut Wirtschaftsministerium gegeben sein, um eine Umstellung zu ermöglichen. Und die Raffinerie in Schwedt ist zudem überwiegend im Besitz des russischen Staatskonzerns Rosneft. "Es rächt sich, dass trotz des Krim-Kriegs ein russischer Energiekonzern so starken Einfluss auf die Versorgungssituation bekommen hat", heißt es in dem Ministeriums-Papier. "Die Bundesregierung kümmert sich intensiv darum, dieses komplexe Problem zu lösen, um so die völlige Unabhängigkeit von russischem Öl zu erreichen."

Hinzu kommen Befürchtungen, dass Russland als Reaktion auf ein EU-Ölembargo die Gaslieferungen stoppen könnte: "Das wäre zwar völlig irrational, weil Russland in einem solchen Fall erst recht auf die Einnahmen der Gasimporte angewiesen wäre", so Janis Kluge. Doch ausschließen könne man dies natürlich nicht.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Aufbauplan für die Ukraine

Schon jetzt sind mindestens 200 Milliarden Euro Hilfe aus dem Westen nötig, schreiben namhafte Forscher. Sie skizzieren, wie das Land nach dem Krieg wieder auf die Beine kommen kann.

Der Krieg in der Ukraine ist noch lange nicht beendet, das Ausmaß der Zerstörung und die Umstände, unter denen Frieden möglich ist, sind noch nicht absehbar. Dennoch haben acht namhafte Ökonomen schon jetzt einen Aktionsplan für den Wiederaufbau des Landes vorgelegt. Man könne sich schon jetzt darüber Gedanken machen, welche Prinzipien und Prioritäten dabei zu verfolgen seien, schreiben die Ökonomen in einer unter dem Dach des Centre for Economic Policy Research (CEPR) am Donnerstag veröffentlichten Analyse. Zu den Autoren zählen die frühere „Wirtschaftsweise“ und heutige CEPR-Präsidentin Beatrice Weder di Mauro, Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff und Barry Eichengreen (University of California). In dem Aufbauplan gehen die Forscher von einem Wirtschaftseinbruch in der Ukraine von mindestens 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Etwa ein Drittel der Weizenfelder werde in diesem Jahr nicht bewirtschaftet, ebenso hoch sei der Anteil der Arbeitskräfte, die ihren Wohn- und Arbeitsort verlassen hätten. Die Forscher sehen dennoch ein Fundament, auf das sich aufbauen lasse. „Trotz der massiven wirtschaftlichen Störungen und der zunehmenden fiskalischen Herausforderungen sind die staatlichen Funktionen weitgehend funktionsfähig“, schreiben die Ökonomen in dem 31-seitigen „Blueprint“.

Schon nach etwas mehr als einem Monat Krieg beziffern die Fachleute die in der Ukraine benötigten Hilfen aus Europa und anderen Ländern auf 200 bis 500 Milliarden Euro. Drei Phasen der Hilfeleistung seien zu unterscheiden. In der Notfallphase, die möglichst rasch beginnen und etwa ein halbes Jahr andauern müsse, soll es darum gehen, die Menschen vor noch Schlimmerem zu beschützen. In der zweiten, etwa zwei Jahre andauernden Phase soll den Forschern zufolge der Wiederaufbau der kritischen Infrastruktur im Vordergrund stehen. Darunter verstehen sie nicht nur Brücken und Stromleitungen, sondern beispielsweise auch, dass die ukrainische Notenbank wieder wirksam arbeiten und die Inflation begrenzen kann. In der dritten Phase müsse es schließlich darum gehen, die Grundlage für eine prosperierende Wirtschaft zu legen.

Details zum CEPR-Wiederaufbauplan finden Sie hier:

[New CEPR eBook - A Blueprint for the Reconstruction of Ukraine | Centre for Economic Policy Research](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaI@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](http://europa.eu)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html

Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine



Unterkunft

Zuletzt hat es starke Kritik von NGO an der deutschen Unterkunftsvermittlung www.unterkunft-ukraine.de gegeben. Es wird bemängelt, dass die Wohnungsvermittlung ineffizient läuft.

Alternativen dazu sind: [I CAN HELP HOST](http://icanhelphost.com) und Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](http://wunderflats.com) sowie:

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>
For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die

besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden.

Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail:

ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine

Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[♥ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

Unicef

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

Unterstützung für Berichterstatter

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Hinweis zum Haftungsausschluss:

Wir bemühen uns, Ihnen in diesem Update Informationen zu liefern, die aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen stammen, wir können aber selbst nicht jede Detailinformation prüfen. Wenn wir Kenntnis über Irrtümer erhalten, werden wir versuchen, diese zu berichtigen. Für die Informationen und Links übernehmen wir keine Haftung. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

